

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Beschlüsse der Pariser Konferenz. Entwaffnung bis 1. Juli — ungeheure Reparationsforderungen — schwere Sicherungsmaßnahmen.

Paris, 28. Januar. (Havas.) Nach den letzten Berichten wird der Unterausschuß für die von Deutschland geforderten Jahreszahlungen unter Berücksichtigung der deutschen Zahlungsfähigkeit folgende Grenzen festsetzen: Die Jahreszahlungen werden mindestens 2 und höchstens 6 Milliarden Goldmark betragen. Der Ausschuß hat zwei Staffelsysteme geschaffen. Das erste lautet wie folgt: Für die ersten zwei Jahre je 2 Milliarden Goldmark, für das dritte Jahr 3 Milliarden, für das vierte 4 Milliarden, für das fünfte 5 Milliarden und für die folgenden 37 Jahre je 6 Milliarden Goldmark, insgesamt 238 Milliarden in 42 Jahresraten. Nach der andern Methode würden sich die Zahlungen in folgender Weise staffeln: Zwei Jahreszahlungen von je 2 Milliarden Goldmark, drei Jahreszahlungen von 3 Milliarden, drei von 4 Milliarden, drei von 5 Milliarden und schließlich 31 von 6 Milliarden Goldmark, zusammen 42 Jahresraten im Gesamtbetrag von 238 Milliarden Goldmark.

Paris, 29. Januar. Wie die Havas-Agentur nichtoffiziell meldet, hat die Konferenz in ihrer Vormittags-Sitzung den Bericht des internationalen militärischen Ausschusses in Versailles über die Entwaffnungsfrage angenommen; es wurde hiernach Deutschland für jede der noch auszuführenden Maßnahmen eine Frist bis zum 1. Juli bewilligt. Die folgenden Sicherungen der Durchführung sind vorgesehen:

1. Aufhebung der Räumungsfrist für die Rheinlande.
2. Besetzung neuen deutschen Gebietes.
3. Errichtung eines besonderen Zollregimes in den Rheinländern, und endlich, auf Antrag von Lord Curzon,
4. Einspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Paris, 29. Januar. Die Konferenz ist heute kurz vor 6 Uhr geschlossen worden. Nach einer Meldung der Havas-Agentur ist auch das Protokoll über die Abmachung in der Reparationsfrage um 5 Uhr unterzeichnet worden. Die Beschlüsse sollen morgen der deutschen Regierung notifiziert werden. Sie werden Montag mit dem Begleitschreiben an die deutsche Regierung veröffentlicht werden. Die bereits gemeldeten Sanktionen, die in der Entwaffnungsfrage vorgesehen sind, sollen auch für die Reparationsfragen gelten.

In bezug auf die Hilfe für Oesterreich ist ein Bericht Loucheurs angenommen worden, der die Gründung eines Finanzsyndikats mit einem Kapital von 200 Millionen Franken vorschlägt.

Paris, 29. Januar. Heute abend ist folgendes offizielles Communiqué ausgegeben worden: Die Konferenz hat im Laufe der beiden Sitzungen, die sie heute abgehalten hat, sich mit der Ausarbeitung des Uebereinkommens beschäftigt, das unter ihren Mitgliedern über die beiden Hauptfragen der Entwaffnung und der Reparation erzielte wurde. Hinsichtlich der Entwaffnung hat sie die Vorschläge gebilligt, die ihr die Sachverständigen für militärische, maritime und Luftschiffahrtangelegenheiten mit dem Zweck unterbreiteten, von Deutschland die vollständige Ausführung der Verpflichtungen zu fordern, die sich für dieses sowohl aus dem Vertrag als auch aus den Noten von Boulogne und dem Protokoll von Spa ergeben. Hinsichtlich der Reparation ist das gestern von den Sachverständigen vorbereitete Arrangement besprochen, vervollständigt und schließlich einstimmig gebilligt worden. Die Militierten haben schon jetzt unter sich die Maßnahmen festgesetzt, die eventuell angewendet werden sollen, im Falle daß Deutschland sich weigern würde, loyal und lüdenlos seine Verpflichtungen auszuführen, die sich auf die Reparationen und auf die Entwaffnung erstrecken. Ausdrücklich ausgesprochen und von der Hoffnung erfüllt, daß Deutschland aus sich selbst heraus seinen Verpflichtungen nachkommen werde, haben die Militierten geglaubt, in diesem Augenblick diese Bestimmungen in Berlin nicht notifizieren zu lassen. Qualifizierte Vertreter der deutschen Regierung werden eingeladen werden, Ende Februar in London mit den Vertretern der alliierten Mächte zusammenzukommen. Das Communiqué stellt alsdann fest, welche Fragen von der Konferenz im Laufe dieser Woche noch gelöst wurden, und betont als das wichtigste Ergebnis der Konferenz, daß die Entscheidungen in der herzlichsten und engsten Einigkeit und im Einverständnis erfolgt sind.

Paris, 29. Januar. Wie die Abendpresse mitteilt, wird die Sachverständigenkonferenz in Brüssel am 7. Februar zusammen treten. Ihre Beratungen sollen bis zum 20. Februar beendet sein. Die Konferenz der Militierten mit den Vertretern der deutschen Regierung ist auf den 28. Februar festgesetzt worden.

Die Arbeitslosenfrage.

Berlin, 31. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Gestern fand eine Aussprache über die Arbeitsbeschaffung unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preussischen Minister und Vertreter der politischen Parteien des Reichstages mit Vertretern aller Gewerkschaftsgruppen statt. Die Erörterungen zeigten Möglichkeiten für eine neue Arbeitsbeschaffung, insbesondere auf dem Gebiete des Reichsverkehrsministeriums, des Reichspostministeriums sowie in landwirtschaftlichen Bodenverbesserungen, wie sie schon jetzt mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge betrieben werden. Nach allgemeiner Auffassung verpricht man sich von der Belegung der Bauämter eine große Hilfe in dieser Richtung. Aus dem Kreise der Gewerkschaften wurde auf die Notwendigkeit einer vermehrten Anwendung der Methode der Kurzarbeit hingewiesen, sowie die Frage des Belegschaftswechsels zur Erörterung gestellt. Sämtliche Anregungen sollen von den in Betracht kommenden Behörden nachdrücklich und schleunigst verfolgt werden.

Verhandlungen zwischen Deutschland und Schweden über die Arbeitslosenfrage.

Berlin, 31. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die deutsche Regierung hatte an die schwedische Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie bereit sei, arbeitslosen Deutschen in Schweden Erwerbslosenunterstützung zu bewilligen, wenn arbeitslose Schweden in Deutschland dieselben Vorteile genießen. Die schwedische Regierung glaubte, hierauf nicht eingehen zu können, hat aber beschlossenen, deutschen Staatsangehörigen, die schon früher in Schweden wohnen und unverändert arbeitslos geworden sind, bei Notstandarbeiten in gleicher Weise wie schwedische Arbeitslose zu beschäftigen. Deutschland ist hierauf eingegangen.

Spiegelwirtschaft in Bayern.

München, 31. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Unser Münchner Parteiorgan, der Kampf, schreibt zu der Feststellung des Reichswehrministers Gessler, daß die Nachrichtenabteilungen der Reichswehr angefüllt seien, „daß von diesen Nachrichtenabteilungen ausgebildete Spieglstätigkeit wird weiter betrieben, und zwar in einer Form, daß sie der Zuständigkeit des Reichswehrministers entzogen seien. Einmal enthält die Einwohnerwehr sogenannte Nachrichtenabteilungen, die im Münchner Ringhotel eine Zentrale besitzen und dann hat der Münchner Polizeipräsident, Herr Böhrner, einen Spieglendienst organisiert, der alle Einrichtungen der Öhrana, der berichtigten russischen politischen Polizei, in den Schatten stellt. Die Ergebnisse der Schnüffelungen des Herrn Böhrner stehen der Orgesch zur beständigen Verwendung jederzeit zur Verfügung. Aus diesem Polizeispieglmaterial werden die Proskriptionslisten der Orgesch zusammengestellt, nach denen beim nächsten Rechtsputsch die Orgeschleute ihre Pogrome veranstalten.“

Die staatsgefährlichen Republikaner.

München, 31. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Vor kurzem hatte der Münchner Polizeipräsident den republikanischen Führerbund in München aufgelöst. Darauf war der republikanische Schutzbund gegründet worden, dessen Versammlungen vielfach verboten werden und der sich dauernd Schikanierungen durch die Polizei erfreut. Gestern fanden bei Hauptmann Schühlinger, dem Führer des republikanischen Schutzbundes in München, und bei seinem Sekretär Schmalik sowie im Bureau des Bundes Hausdurchsuchungen nach Waffen und Munition statt. Man gebrauchte diesen Vorwand, nach Munition zu suchen nur, um das schriftliche Material sowie die Mitgliederlisten des Bundes zu beschlagnahmen.

Die Beseitigung der Militärgerichte in der Schweiz abgelehnt.

Bern, 30. Januar. In der heutigen Volksabstimmung wurde ein Instanzbescheid der sozialistischen Partei auf Abschaffung der militärischen Gerichtsbarkeit mit 287 000 gegen 193 000 Stimmen und mit 19 gegen 3 Kantone abgelehnt. Ein weiteres Initiativbegehren, nach dem künftig die Verträge der Schweiz mit andern Staaten der Volksabstimmung unterbreitet werden sollen, wenn 30 000 Schweizer Bürger oder 3 Kantone es verlangen, wurde mit 284 000 gegen 159 000 Stimmen und mit 20 gegen 2 Kantone angenommen.

Krafft über die Aufnahme der deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Stockholm, 31. Januar. (TU.) Der Berliner Vertreter der Sowjetregierung, Kopp, erklärte in Riga einem Vertreter des lettischen Telegraphenbureaus: Die Frage der Anerkennung einer russischen Handelsdelegation durch die deutsche Regierung sei bereits als entschieden anzusehen. Kopp habe volle Zuversicht, daß die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland auf eine breite Grundlage gestellt werden.

Imperialistische Illusionspolitik.

Die Pariser Konferenz ist nach langen und stellenweise hochdramatischen Verhandlungen geschlossen worden, und das offizielle Communiqué legt den größten Wert auf die Feststellung, „daß die Entscheidungen in der herzlichsten Einigkeit und im Einverständnis erfolgt sind“ — Entscheidungen, die, soweit sie überhaupt durchführbar sind, die dauernde Verelendung und Verflauung eines großen Volkes mit den schwersten Rückwirkungen auf den Wohlstand aller übrigen Völker bedeuten, getroffen im Geiste herzlichsten Einverständnisses imperialistischer Räuber. Es ist das alte Einverständnis über die Teilung der Beute, das alle Verhandlungen zwischen den Militierten und Deutschland seit den Tagen des Waffenstillstandes beherrscht: Frankreich überläßt England die schrankenlose Herrschaft über Afrika, Südasien und die umgebenden Meere und erhält dafür freie Hand in den europäischen Angelegenheiten, über die es sich zum imperialistisch schaffenden und waltenden Herrn aufwirft.

Die Beschlüsse der Pariser Konferenz sind der Ausdruck eines zum Wahnsinn gesteigerten imperialistischen Gelstes, der im Taumel des militaristischen Machtwahns den Sinn für die Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftlicher und politischer Gegebenheiten vollständig verloren hat, es sei denn, daß man in ihnen einen läppischen, plumpen Versuch erblickt, dem französischen Volk und vor allem dem französischen Proletariat Sand in die Augen zu streuen und es über die wahre Lage Frankreichs hinwegzuführen. Frankreich, oder zum mindesten die reaktionären Politiker, die dort augenblicklich am Ruder sind, verschließen noch immer die Augen vor den Tatsachen, daß die Lage der militaristischen Sieger und Besiegten nicht mit der der wirtschaftlichen Sieger und Besiegten zusammenfällt, daß die wirtschaftlichen Kriegswirkungen unabhängig von den militärischen Ergebnissen alle am Kriege unmittelbar beteiligten Länder nahezu gleich schwer getroffen haben. Frankreichs fruchtbarste Gebiete sind von Granaten durchwühlt, Fabriken und Bergwerke zerstört, seine besten Söhne gefallen. Frankreichs Finanzwirtschaft ist zerrüttet, seine Wareneinfuhr übersteigt gewaltig die Ausfuhr, seine Valuta ist tief unter ihren Normalstand gesunken. Aber die herrschende Clique will diese Tatsachen nicht anerkennen, sie hat, statt ihre eigenen Kapitalisten zur Deckung des Budgetdefizits entsprechend heranzuziehen, den Staatshaushalt völlig auf der Grundlage der deutschen Wiedergutmachungszahlungen aufgebaut. Es war das gewichtigste Argument, das der französische Finanzminister Doumer zur Rechtfertigung seiner Wiedergutmachungsforderungen vorbrachte, daß das das Gleichgewicht des Budgets nicht wieder hergestellt werden könne, wenn Deutschland nicht die Summe zurückerstatte, die für den Wiederaufbau und die Zahlung von Pensionen eingestellt seien. „Ohne diese Summen“, rief er aus, „müßte Frankreich den Bankrott erklären. Man sagt, daß Deutschland dieselben Gefahren bedrohten. Wenn aber ein Staat bankrott werden sollte, so sei es moralisch, wenn das Land bankrott geht, das den Krieg erklärt habe.“

Von Moral sollten die französischen Imperialisten so wenig sprechen, wie die Deutschlands und anderer Länder. Es würde auch kaum weit führen, wenn man sich mit Leuten dieses Schlages über Fragen der Moral auseinandersetzte. Vielleicht ist es aber eher möglich, sich mit ihnen über nützlichere Geschäftsfragen zu unterhalten, und da bedarf es nicht vieler volkswirtschaftlicher Kenntnisse, um aufzuzeigen, daß ihr Geschäft falsch basiert, auf der Grundlage einer falschen Rechnung aufgebaut ist. Doumer berechnet die Zahlungsfähigkeit Deutschlands mit jährlich 12 Milliarden, die es durch eine Steigerung seiner Ausfuhr und einer Beschränkung seiner Einfuhr ersparen könne. Der Herr Finanzminister scheint den letzten veröffentlichten Angaben der deutschen Regierung, die allein für das erste Halbjahr 1920 einen Einfuhrüberschuß von 34 Milliarden Papiermark errechnen, nicht viel Glauben zu schenken, denn sonst könnte er, wenn er auch die Ergebnisse der deutschen Schätzung für noch so ansehnlich hielte und wenn er auch noch so viel Vertrauen auf die Hebung der Wirtschaftslage und Produktivkraft Deutschlands hätte, unmöglich zu einer solch phantastischen Ziffer kommen. Aber selbst wenn es gelingen sollte, durch eine planmäßige Organisation aller Produktivkräfte (wofür die erste Voraussetzung der Uebergang zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung wäre) zu einer aktiven Handelsbilanz zu kommen, so müßte der kleine Ausfuhrüberschuß zur Bezahlung der Zinsen und Tilgungsquoten unserer Schulden, der Dividenden der an der deutschen Industrie beteiligten ausländischen Kapitalisten usw. verwendet werden, um unsere Zahlungsbilanz wieder halbwegs ins Gleichgewicht zu bringen.

Aber nach den Pariser Beschlüssen sollen nicht nur die sagenhaften Ausfuhrüberschüsse abgeschöpft werden, es soll auch die Ausfuhr selbst zu Tode gedrosselt werden. Denn nichts anderes hat eine Ausfuhrabgabe von 12 Prozent zu bedeuten, wie sie nach den Pariser Beschlüssen erhoben und der Reparationskommission abgeliefert werden sollen. Schuld an diesem Beschlusse tragen